

MU-Chef fordert Referendum

Peter Erl gegen weiteres Hilfspaket

Von Hannes Lehner

Deggendorf. Während sich die Politiker im fernen Brüssel wohl auf ein weiteres Hilfspaket für Griechenland entschlossen haben, brodelt es in Niederbayern. Der Bezirksvorsitzende der Mittelstandsunion, Peter Erl, will eine Mitgliederbefragung durchführen, ob weitere Milliarden fließen sollen.

In einem offenen Brief fragt Erl bei der MU-Bezirksvorstandschafft an, ob kurzfristig eine Mitgliederbefragung unter den rund 700 MU-Mitgliedern in Niederbayern durchgeführt werden soll. Erl will so erfahren, wie die Mitglieder die Angelegenheit Griechenland sehen und ob die Bundesrepublik ein weiteres Hilfspaket schnüren soll. Außerdem fordert er, dass Griechenland, bis sich das Land wieder stabilisiert hat, den Euroraum verlässt.

Hintergrund: Die jetzige Politik habe dazu geführt, dass schon über 325 Milliarden Euro an Steuergeldern vernichtet wurden. „Am 16. September 2010 versprach Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass es ‚mit Deutschland keine Verlänge-



Peter Erl will die Bevölkerung fragen, ob sie weiterhin bereit ist, in eine staatliche Insolvenzverschleppung zu investieren.

‘ des ersten Rettungsschirms für Griechenland geben werde‘, erinnert Erl. Nun werde von einem dritten Hilfspaket gesprochen und so wie es aussieht, werde dies auch mit den Stimmen der Unionspolitiker abgesegnet werden. Erl: „Dies ist eine pure Geldvernichtung, die einzig und alleine der deutsche Steuerzahler letzten Endes zahlen wird.“ Der Mittelstandsvorsitzende ist überzeugt: „Wenn schon Herr Ministerpräsident Alexis Tsipras ein Referendum durchführen kann, ob die Forderungen der EU angenommen werden, dann glaube ich ist es nur recht und billig, dass wir un-

sere Bürgerinnen und Bürger fragen, ob sie weiterhin bereit sind, die Zeche für die Griechen zu zahlen.“

Falls die Bezirksvorstandschafft ihr Einverständnis gibt, will der MU-Chef sogar eine Befragung der bayerischen Bevölkerung beantragen.

Übrigens hat auch schon der Landesvorstand der MU-Bayern folgenden einstimmigen Beschluss gefasst: „Der aktuelle Antrag der griechischen Regierung zum ESM-Hilfsprogramm wird abgelehnt, da die ökonomische Grundlage zur dauerhaften Leistungsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit mit jetzt 320 Milliarden Euro Schulden nicht mehr erreicht wird. Das Verhältnis zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und den neuen Hilfskrediten von 53,5 Milliarden Euro ist nicht gegeben. Es dürfen nicht alte Schulden durch neue Schulden bezahlt werden. Griechenland kann keine wettbewerbsfähige Wirtschaft im Euroraum erreichen. Es muss mit einer eigenen Währung und eigener Kraft ein wirtschaftlicher Neuanfang entwickelt werden. Die EZB muss sofort die monetäre Staatsfinanzierung mit Notkrediten beenden. Ein Schuldenschnitt in welcher Weise auch immer wird abgelehnt.“